

Krankenversicherung wohin ?

Abstimmung vom 8. Dezember

Unsere Krankenversicherung muß ausgebaut werden. Aber wir wollen keinen staatlichen Gesundheitsdienst.

Am 8. Dezember stimmt das Schweizer Volk über eine sozialdemokratische Initiative und über den Gegenvorschlag des Parlamentes ab. Beide Vorschläge sind abzulehnen. Denn beide fordern neue Beiträge in Form von Lohnprozenten und enden früher oder später beim staatlichen Gesundheitsdienst.

Öffnen wir den Weg für wirkliche Verbesserungen, machen wir zu-
erst reinen Tisch mit

2x Nein

Schweizerisches Komitee für den Ausbau einer sozial gerechten Krankenversicherung ohne Lohnprozent

Initiative: Nein

Die Initiative fordert eine eidgenössische Zwangsversicherung, die durch unbeschränkte Lohnprozent finanziert würde.

Die Folgen der staatsgläubigen Initiative: höhere Versicherungskosten, weil die Selbstverantwortung des Einzelnen herabgemindert würde, teurer staatlicher Gesundheitsdienst und Qualitätsabbau.

Gegenvorschlag: Nein

Auch der Gegenvorschlag will für jedermann obligatorische Beiträge in Form von Lohnprozenten einführen. Man rechnet vorläufig mit 3% vom Einkommen. Außerdem hätten die Versicherten erst noch die individuellen Prämien zu entrichten.

Wie sollen die Lohnprozent-Milliarden verteilt werden? Nach Feststellung des Bundesrates ist das «noch offen».

Hans was Heiri

Die Anhänger des Gegenvorschlages behaupten, er sei etwas ganz anderes als die Initiative. Das stimmt nicht. Etwas mehr oder weniger Lohnprozent, etwas mehr oder weniger staatlicher Zwang macht keinen grundlegenden Unterschied.

Bundesrat Tschudi ließ die Katze aus dem Sack, als er den Gegenvorschlag «ein etwas verdecktes Leistungsobligatorium» nannte.

Der Gegenvorschlag ist also nicht besser als die Initiative. Zwar begrenzt er die Lohnprozent. Doch haben erfahrungsgemäß solche Begrenzungen keinen langen Bestand. Und schon 3 neue Lohnprozent sind kein Pappentier.

Lohnprozente wären ein Fremdkörper

Lohnprozente sind in der AHV am Platz, wo genau bestimmte Renten nach der Lohnhöhe gewährt werden. Aber in der Krankenversicherung ist kein Fall gleich wie der andere. Da wären Lohnprozente ein Fremdkörper. Sie würden den Zusammenhang zwischen individueller Versicherung und individuellen Leistungen zerschneiden.

Ein Bericht über den englischen Gesundheitsdienst sagt: «Je mehr der direkte Zusammenhang von Beitrag und Leistung verlorengeht, umso stärker wird der Anreiz zur Ausnutzung der Kostenfreiheit.»

Nicht noch die Kostenexplosion fördern

Der Strom der Lohnprozent-Milliarden würde das Kostenbewußtsein zunichte machen. Er würde die unerhört gefährliche Kostenexplosion und Anspruchsinflation im Gesundheitswesen fördern, statt sie einzudämmen.

Gegen aufgeblähte Lohnsteuer

Eine Lohnsteuer belastet das ganze Volk und beschleunigt das Drehen der Lohn- und Preisspirale. Schon für die Altersversicherung werden mehr und mehr Lohnprozente benötigt. Es geht nicht an, auch noch für die Krankenversicherung Abzüge vom Lohn vorzuschreiben.

Schweizerisches Komitee für den Ausbau einer sozial gerechten Krankenversicherung ohne Lohnprozente

Nationalrat Jakob Bächtold, Bern; Dr. Robert Bauder, Regierungsrat, Muri/Bern; Dr. Kilian Boner, Generaldirektor der Schweizerischen Grütli, Stettlen/Bern; Maître Henri Bourgeois, Genf; Dr. Max Egger, Staatsschreiber, Solothurn; alt Großrat Hans Eymann, Basel; Fürsprecher Manfred Fink, Bern; Dr. med. Walter Guggisberg, Spiegel/Bern;

Was zu tun ist

Mit dem zweimaligen Nein am 8. Dezember bekennen wir uns zum Ausbau der Krankenversicherung ohne Lohnprozente, zu Bedingungen, die für jedermann tragbar sind.

Wir schlagen Sofortmaßnahmen vor:

Ausbau der Leistungen der Krankenversicherung, unter anderem verbesserte Spitalleistungen. Erleichterte Aufnahme in die Krankenkassen, auch für Betagte.

Und die dauerhafte Zukunftslösung:

Tragbare Beiträge für jedermann, Rücksichtnahme auf kleine Einkommen. Keine Lohnprozente.

Angemessene Beteiligung der Versicherten an ihren Krankheitskosten, durch Neuordnung von Selbstbehalt und Franchise; die Beteiligung ist sozial abzustufen. Die individuellen Beiträge an die Kostenbeteiligung fördern die persönliche Verantwortung und den Willen zur Vermeidung unnötiger Kosten.

Wie bisher Beiträge des Bundes und der Kantone aus allgemeinen Mitteln. Zusatzbeitrag aus einer zweckgebundenen Abgabe auf Alkohol und Tabak.

Voller Leistungsausbau entsprechend zeitgemäßen Anforderungen.

Professor Hans Herold, Zürich; Dora Kaeser, Stadträtin, Biel; Max Kühne, Verwalter der Freiwilligen Krankenkasse des Kantons St. Gallen, St. Gallen; Notar Alex v. May, Bern; Dr. Werner Naegeli, Biberist; Notar Franz Sägeser, Bern; Jürg Schmid, lic. rer. pol., Olten; Dr. Hans Sollberger, Gerlafingen; Kantonsrat Hans Rudolf Spielmann, Grenchen; Werner Walser, Präsident der Krankenkassen des Kantons Zug, Zug; Aldo Zaccheo, Friedensrichter, Locarno; Nationalrat Otto Zwyygart, Köniz.